

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Mit den Gratisbeilagen:

„Gesetz und Recht für Deutsch-Ostafrika“ und „Der Ostafrikanische Pflanzer.“

Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Darassalam und Hinterland, des Landwirtschaftlichen Vereins, des Wirtschaftlichen Vereins Sindi und des Wirtschaftlichen Verbandes Rufiji.

Darassalam
12. Juni 1912

Ercheint
zweimal
wöchentlich.

Bezugspreis:

Für Darassalam vierteljährlich 4 Mk., für die übrigen Teile Deutsch-Ostafrikas vierteljährlich einschließlich Porto 6 Mk. Für Deutschland und sämtliche deutsche Kolonien vierteljährlich 6 Mk. Für sämtliche übrigen Länder halbjährlich 14 Mk. — „Gesetz und Recht für Deutsch-Ostafrika“, alleinst. bezogen, jährlich 4 Mk. 50 Heller oder 6 Mk. — „Der Ostafrikanische Pflanzer“, 14-tägig erscheinende Beilage für tropische Agrikultur und koloniale Volkswirtschaft, bei Einzelbezug jährlich 7 Mk. 50 Heller oder 10 Mk. postfrei. — Bestellungen auf die D.-O.-A. Zeitung und ihre Beilagen werden sowohl von den Geschäftsstellen in Darassalam (D.-O.-A.) und Berlin SW 11, wie von sämtlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Postanstalten entgegengenommen.

Anzeigengebühren:

Für die 6-spaltige Zeitspalte 35 Heller oder 50 Pf. Mindestsatz für eine einmaltige Anzeige 2 Rp. oder 3 Pf. Für Familienanzeigen sowie größere Anzeigenaufträge tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein. Anzeigen nehmen die Geschäftsstellen in Darassalam und Berlin SW 11, sowie sämtliche größeren Annoncen-Expeditionen entgegen. Geschäftsstelle in Darassalam: Telegramm-Adresse: Zeitung Darassalam. Geschäftsstelle in Berlin: SW 11, Bernburgerstr. 15/16 Fernsprecher: Amt 2409, 2575; Postfachverkehr: Berlin 11 600.

Jahr-
gang XIV.

Nr. 47

Berliner Telegramme.

Fehr. v. Ciffa †.

Berlin, 9. Juni (W. T.). Der Präsident des Abgeordnetenhauses Freiherr von Ciffa ist gestorben.

Hauptm. Bod v. Wülffingen wurde in das Reichs-Kol. Amt versetzt.

Berlin, 9. Juni (W. T.). Herr Hauptmann Bod von Wülffingen wurde in das Reichs-Kolonialamt versetzt.

Untergang eines französischen Unterseebootes.

Berlin, 9. Juni (W. T.). Bei Cherbourg ist heute das Unterseeboot „Bendemiaire“ untergegangen, wobei fünfundschwanzig Mann umkamen.

Der ungarische Abgeordnete Kovacs hat sich nur verwundet.

Berlin, 9. Juni (W. T.). Aus Budapest wird gemeldet, daß Kovacs, der den Mordanschlag auf Präsident Tisza vollführte und dann Selbstmordversuch beging, nicht tot ist.

Attentat auf den Banus von Kroatien.

Berlin, 9. Juni (W. T.). In Agram schoß ein bosnischer Student auf den Banus, welcher unverletzt blieb, dagegen wurde der Sektionschef Hervoice tödlich verwundet.

Kolonialdebatten.

Die eben beendeten Kolonialdebatten im deutschen Reichstag standen unter dem Zeichen der Harmonie aller Parteien mit Ausnahme natürlich der Sozialdemokraten. Es ist dies wohl ein Beweis dafür, daß das koloniale Interesse sowohl im Reichstage als auch besonders in weiten Volkskreisen zugenommen hat. Besonders die drohende Kriegsgefahr des vorigen Sommers und das dauernd gespannte Verhältnis zu England haben den Blick vieler Deutschen aus der Enge heimischer Interessen ins Weite gelenkt und für auswärtige Verhältnisse geschärft. Bei dieser erfreulichen Wendung der Dinge war es naturgemäß für die Regierung nicht schwer, den Etat zu vertreten, zumal da man von der früheren lieben Gewohnheit, Abstriche zu machen, diesmal ganz abging und der Regierung mehr bewilligte, als sie gefordert hatte. Erfreulich ist es zu sehen, daß auch im Freisinn die Zahl der Kolonialfreunde wächst. Schon zu Dernburgs Zeiten hat ja die Partei ihren Sinn gewandelt und jetzt sich schlangenschnel zu einer kolonialfreundlichen Haltung bekannt. Die Geschichte wirkt eben erzieherisch und was vor einem Menschenalter noch als zweckloses Abenteuer und lustspielige Phantasterei bezeichnet wurde, das ist heute als Lebensnotwendigkeit unseres Volks und Ergebnis voraussehender Staatskunst erkannt. Man hat zugeleitet und ist jetzt bereit, an der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Schutzgebiete mitzuwirken. Auch durch Mißerfolge will man sich nicht mehr entmutigen lassen. Freilich zeigen die Verhandlungen über die Rassenfrage, wie wenig wirklich praktisch koloniales Verständnis unter den Reichstagsabgeordneten trotz aller theoretischen Interessen vorhanden ist, wie sehr Parteibolkskram die für jeden Rassenbewußten so einfach liegenden Fragen verwirrt, wie wenig man entschlossen ist, sich zu den elementarsten Forderungen einer gesunden Rassenpolitik zu bekennen.

Durch die letzten Reichstagswahlen ist das schon an sich kleine Häuflein der wirklichen Kenner unserer Kolonien arg zusammengeschmolzen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, wie wichtig für die in unseren Schutzgebieten lebenden Deutschen es ist, daß unter den Abgeordneten Männer vorhanden sind, die wissen, wie es draußen zugeht, die Fühlung mit den Ansiedlern in Uebersee haben und die auch Vertrauen genug genießen, um deren Interessen mit Nachdruck vertreten zu können. Jede Gelegenheit sollte benutzt werden, um diesem Gedanken Eingang zu verschaffen, denn dadurch allein wird es möglich sein, daß die Kolonien so entwickelt werden, wie diejenigen, die es am nächsten berührt, die Ansiedler, es wünschen.

Wenn man von der Tribüne die Reden zum Kolonialetat anhört, so berührt es den mit den Verhältnissen einigermaßen Vertrauten eigentümlich, wie schnell über viele wichtige Fragen summarisch hinweggeglitten wurde. Am sonderbarsten muß immer die Haltung der Sozialdemokraten erscheinen, deren Redner hundert mal gesagte Dinge vortragen, denen Kolonialpolitik gleichbedeutend ist mit Ausbeutung, Erpressung, ja mit Räuberei. Nach ihnen ist unsere ganze koloniale Betätigung hoffnungslos, bereichert nur wenige Spekulanten und schädigt den Wohlstand des ganzen Volkes. Leider ziehen die Sozialisten nicht die logische Folgerung aus dieser Auffassung der Dinge, nämlich den Antrag zu stellen, die Kolonien meistbietend zu versteigern. Sie jugeln wohl, daß sie damit zum Kinderpoit würden. Wie wenig sie die wirklichen Interessen ihrer Wähler vertreten, bewies der Abgeordnete für die freie und Hansestadt Bremen, der polternd gegen alles loszog, was zur Kolonialpolitik gehört. Das Barteidogma erlaubt solchen Leuten nicht, die einfachsten Tatsachen auszusprechen, daß nämlich Bremens Interessen tausendfältig mit unseren Kolonien verweben sind und daß Bremens Wohlstand und die Verdienstmöglichkeit seiner Einwohner besonders auch derer, die den arbeitenden Klassen angehören, auf dem Handel mit Uebersee beruht. In einem Erwerbszweige, dem Baumwollgeschäft, haben sie täglich das warnende Beispiel vor Augen, wie sehr der deutsche Markt vom Auslande, in diesem Falle Amerika, abhängig ist und wie die amerikanischen Spekulanten nach ihrem Willen die Preise diktiert können, wie wir ohne koloniale Entwicklung bei zunehmendem Rohstoffbedarf ganz dem ausländischen Unternehmertum ausgeliefert sind. In den Köpfen einiger Roten dämmert ja schon die Erkenntnis, daß die Arbeiter von den Kolonien große Vorteile haben, aber der Wille, positiv mitzuarbeiten, ist kaum vorhanden und über ewig unfruchtbare Rederei ist man in diesen Kreisen noch nicht hinausgekommen.

Was den Inhalt der bei dem Etat für Ostafrika behandelten Fragen betrifft, so ist es wichtig festzustellen, daß man allgemein dieser Kolonie eine friedliche Entwicklung wünscht, daß man den Streit zwischen den Ansiedlern und dem Gouvernement für immer begraben wissen will. Mit einer einzigen Ausnahme traten alle Redner, zum Teil mit großer Wärme, für den früheren Gouverneur von Nechenberg ein. Ein Beschluß der Budgetkommission, der die Abschaffung der Hausflaverie in Deutsch-Ostafrika vom 1. Januar 1920 ab fordert, wurde trotz Abmahnungen vom Regierungstisch angenommen. Einig war man sich in der Erkenntnis, daß auf Förderung der Plantagenwirtschaft und der Ausgestaltung der Siedlungsverhältnisse die Zukunft der Kolonie beruhe. Der Vertreter der Reichspartei forderte auch die Abschaffung der gegenwärtigen künstlichen Kupferwährung, die ein ganz verfehltes Experiment gewesen sei, und baldige Schaffung einer neuen Währung für Ostafrika. Hier kann ja nur die Reichsmarkwährung in Frage kommen.

Bei der jetzigen Stellung des Reichstages dürfen wir wohl hoffen, daß den Gouverneuren mehr freie Hand gelassen wird wie bisher, und daß dies auch der Tätigkeit des neuen Gouverneurs von Ostafrika nur zum Segen gereichen wird.

Die Haus- und Kopfsteuerverordnung vor dem Gouvernementsrat.

Der Entwurf dieser Verordnung wird dem nächsttagenden Gouvernementsrat vorliegen. Er bedarf in grundsätzlicher Beziehung verschiedener Veränderungen.

1. Nach § 11 der Verordnung wird in den ländlichen Ortschaften eine obligatorische Kopfsteuer erhoben. Anders in den städtischen Ortschaften: Hier „kann“ sie nach dem Belieben des Gouverneurs eingeführt werden: Eine Verpflichtung für den Gouverneur besteht nicht. Falls sie eingeführt worden ist, kann den Gouverneur nichts hindern, sie jederzeit wieder abzuschaffen. Die Folge dieser Bestimmung wird sein, daß eine Abwanderung der arbeitsscheuen Leute nach den Städten stattfinden wird, eine Landflucht eintreten wird, die zu einer Ueberfüllung der städtischen Ortschaften insbesondere Darassalam und Tanga mit arbeitsscheuem Gesindel führen muß. In diesem Zustand hat kein vernünftiger Mensch ein Interesse.

Wenn wir auch die Ueberzeugung haben, daß auf Grund der zu nichts verpflichtenden Bestimmung die Kopfsteuer vernünftigerweise in den städtischen Ortschaften eingeführt werden wird, so ist es doch vorzuziehen, eine gesetzliche Bestimmung zur obligatorischen Einführung der Kopfsteuer zu haben und nicht auf wechselnde Ansichten über diese so wichtige Frage angewiesen zu sein. Wir hoffen, daß es nur dieser Anregung bedarf, um die Mitglieder des Gouvernementsrats zu veranlassen, sich unserer Ansicht anzuschließen.

2. Nach § 5 der Verordnung schwankt die Höhe der Steuern zwischen 3 und 6 Rp. Falls die Einführung der Kopfsteuer lediglich als Finanzsteuer gedacht ist, also lediglich zur Erhöhung der fiskalischen Einnahmen beitragen soll, wird sich gegen die normierte Höhe nichts weiter einwenden lassen. Betrachtet man aber die Kopfsteuer als ein Mittel, die Eingeborenen zur Arbeit anzuregen — und darüber wird man sich nicht im unklaren sein — dann muß sie als viel zu niedrig angesehen werden. Wir schlagen vor, als Mindestsatz 5 Rp. und als Höchstsatz 10 Rp. zu bestimmen. Es wird bekannt sein, daß auch bei dieser Festsetzung der Steuerbeträge Deutsch-Ostafrika zum Teil noch weit hinter den Steuerfüßen anderer Kolonien steht. Bedenken über die Zahlungsfähigkeiten sind nicht ernst zu nehmen, weil heute jeder Eingeborene leicht die Möglichkeit hat, sich durch Arbeit bei den Weißen soviel zu erwerben, um ohne Schwierigkeiten die Steuer zu entrichten. Oder etwa timor belli? Der Zustand kommt je früher um so besser, damit er uns nicht noch weniger gerüstet findet, als wir es jetzt durch die Unkenntnis des Reichstages über die Verhältnisse in der Kolonie schon sind!

3. Nach Art. 6 der Ausführungsverordnung zur Steuerverordnung hat die Verwaltungsbehörde den zahlungsfähigen Eingeborenen Gelegenheit zur Arbeit zu geben, um die Steuer abzarbeiten. Ferner können solche Leute Privatpersonen zur Arbeit gegen bare Zahlung der Steuer überwiesen werden. Aus der Arbeiternot heraus dürfte der Wunsch gerechtfertigt sein, daß die zahlungsunfähigen Leute zur Abarbeitung der Steuer in erster Linie einwandfreien Weißen überwiesen werden müssen und erst, wenn solche nicht vorhanden sind, die Einstellung durch die Verwaltungsbehörde zu erfolgen hat.

Wenn man einmal die Sache in die Hand nimmt, dann soll man auch reinliche Arbeit machen und nicht nur Flickwerk!

H—n.

Salate.

Ueber die Hafen- und Zollverhältnisse dieses Hafensplatzes für die fruchtbaren Gebiete am Rufiji erhalten wir die nachstehende Zuschrift, welche wir dem Kaiserlichen Gouvernement und dem Gouvernementsrat zur Beachtung und Berücksichtigung bei der Etatsaufstellung noch empfehlen möchten: